

DIE SAARBRÜCKER STÄDTEVEREINIGUNG VON 1909
Problemlösungsstrategie zwischen bürgerlichen Interessen,
urbanen Sachzwängen und wilhelminischem Obrigkeitsstaat

'Wiedervereinigung' hieß das Schlagwort, welches im Jahre 1890 Malstatter Bürger im Munde führten.¹ Gefordert wurde nach 31 Jahren 'Autonomie' die erneute Vereinigung der zu diesem Zeitpunkt selbständigen Städte Malstatt-Burbach, Saarbrücken und St. Johann zu einer Großstadt, wie sie in Form der 'Samtgemeinde Saarbrücken' von der französischen Zeit bis zur Verleihung der Städteordnung an Saarbrücken und St. Johann im Jahre 1859 bereits in ähnlicher Weise bestanden hatte.

Die Industrialisierung hatte sowohl in dem ehemaligen Dorf Malstatt-Burbach als auch in den beiden Kleinstädten Saarbrücken und St. Johann einen Prozeß beschleunigter Verstädterung ausgelöst. Die rasche Entwicklung der Montanindustrie im näheren Umkreis hatte bedeutende Bevölkerungszuwächse in den drei Gemeinden hervorgerufen sowie Handel und Gewerbe zu einem Aufschwung verholfen. Malstatt-Burbach war durch die Ansiedlung eines der größten Hüttenwerke an der Saar ebenfalls 1875 zur Stadt aufgestiegen und verfügte um die Jahrhundertwende über die umfangreichste Einwohnerschaft im Saarrevier, die alte Marktstadt St. Johann hatte eine Führungsposition in Handel und Gewerbe errungen, und das traditionsreiche Verwaltungszentrum Saarbrücken wurde zunehmend als Wohnstadt seitens des gehobenen Bürgertums geschätzt (vgl. Abb. 1, S. 2 u. Karten, S. 9).

Während in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in anderen Regionen Deutschlands die Expansion eines Zentralortes häufig zur Eingemeindung des sich um ihn verdichtenden und auf ihn orientierten Vorortings führte, kam für die Stadtregion an der mittleren Saar, wo sich aufgrund der spezifischen Entwicklung die Stadtgrenzen dreier autonomer Gemeinden mit je eigenen zentralörtlichen Funktionen berührten, eine andere Lösungsmöglichkeit in Betracht: die Städtevereinigung.

Einerseits ist die Vereinigung der drei Saarstädte ein historisches Kuriosum und schon daher untersuchenswert, denn sie "blieb vor dem Ersten Weltkrieg eine Ausnahme"², andererseits aber enthüllen sich bei näherer Betrachtung des historischen Prozesses, welcher in die Formulierung der Problemlösungsstrategie 'Städtevereinigungsvertrag' mündete, charakteristische Strukturen der wilhelminischen Gesellschaft, wodurch die Städtevereinigungsdiskussion eine exemplarische Relevanz gewinnt. Friedrich Lenger zufolge wurde in der historischen Forschung bislang "allzu häufig ... städtische Verwaltungsgeschichte lediglich als Geschichte des von einer modernen Bürokratie un-

¹ Vgl. StA SB, Best. SB, Nr. 684 mit einem nicht näher datierten Ausriß aus der "Malstatt-Burbacher Zeitung" (MBZ) aus dem Jahre 1890.

² Vgl. Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt/Main 1985, S. 82.